die die antisemitische Presse gegen den Freiherrn v. Schoen richtete, stets für ungerechtfertigt gehalten und haben dadurch, daß wir das offen aussprachen, dem Staatssekretär kaum einen guten Dienst erwiesen. Denn wenn der Chef des Auswärtigen Amtes von der sozialdemokratischen Presse verteidigt wurde, dann ging die alldeutsche Hetze gegen ihn erst recht los. Trotzdem muß auch heute gesagt werden, daß der passive Widerstand, den der Staatssekretär wiederholt und besonders in der Mannesmann-Affäre den wüsten nationalistischen Treibereien entgegensetzte, Anerkennung verdient. Eben darum muß seine Ersetzung durch Herrn v. Kiderlen-Wächter einen üblen Eindruck machen. Man muß im Interesse des europäischen Friedens dringend wünschen, daß Herr v. Kiderlen-Wächter die von den Alldeutschen auf ihn gesetzten Hoffnungen gründlich enttäuschen möge.

•

Bei dem Massensturz von Ministern werden auch noch weitere Herren als rücktrittsreif bezeichnet. Auch der Handelsminister v. Sydow und der Marinestaatssekretär v. Tirpitz sollen dem Valentini verfallen. Doch sind dies vorläufig nur Gerüchte.

Die weit rechts stehenden Berliner Neuesten Nachrichten tadeln die Bethmannschen Ministersturzmethoden sehr heftig:

„Aber die ganze Art, wie Minister ernannt und weggejagt, wie die Ressorts in Unruhe gehalten, das Staatsleben dauernd gestört, die Staats- und Reichskasse nicht infolge zwingender Notwendigkeiten, sondern infolge wechselnder Stimmungen und schwankender Entschlüsse mit ungeheuren Rudegehältern für die nach kurzer Versuchszeit abgelegten „Probekandidaten" belastet werden; die Art, wie das Kapital an Stetigkeit, Ansehen und Vertrauen im In- und Auslande durch diese von innerer Unruhe getriebene Politik fortdauernd gemindert wird, fordert zur ernsten Kritik heraus. Während die Nation im Innern durch den wütenden Parteihader zerrissen wird, gibt die Regierung ein Schauspiel der Zersetzung, wie es schlimmer kaum gedacht werden kann."

Deutsches Reich.

Ein „Triumph" der deutschen Liebesgabenpolitik.

Deutschland als Getreide-Exportland hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen: nach den Vereinigten Staaten ist in letzter Zeit mehrfach deutscher Roggen verkauft worden. Während dank der Wucherzölle im Lande die höchsten Getreidepreise der Welt herrschen, wird deutsches Getreide in einem bedeutenden Umfange zu Schleuderpreisen nach dem Auslande gebracht. Doch der Verkauf des deutschen Getreides nach dem Auslande bringt den Verkäufern gegen die hohen deutschen Preise keinen Verlust, denn aus der Reichskasse wird ihnen die Differenz zwischen dem deutschen Preise und dem Weltmarktpreise in Höhe der Zollsätze durch Gewährung von Ausfuhrprämien in Gestalt der Einfuhrscheine bar vergütet.

In den letzten drei Jahren hat die deutsche Roggenausfuhr die Roggeneinfuhr beträchtlich überstiegen, so daß durch die Ausfuhrprämien auf den Exportüberschuß dem Reiche alljährlich Kosten von Dutzenden von Millionen erwachsen, die den Getreide-Exporteuren und Großgrundbesitzern zu ihrem schon gewaltigen Gewinne noch zufließen. Als kürzlich gemeldet wurde, daß in Amerika deutscher Roggen eingetroffen sei, nahm man an, daß es sich um einen Ausnahmefall handle und daß der deutsche Roggen in Amerika zur Schnapsfabrikation Verwendung finden würde. Nun berichtet aber der Korrespondent des Berliner Tageblatts aus Neuyork, daß mit dem Dampfer der Hamburg–Amerika-Linie in Neuyork wieder 17 000 Bushel deutscher Roggen eintrafen, und zwar Roggen, der für Mahlzwecke importiert worden und von vorzüglicher Qualität sei. Eine weitere Sendung von 8000 Bushel schwimme bereits auf Neuyork zu, und Deutschland dürfte, da sich dieser Roggen trotz des Zolls billiger stelle als amerikanische Brotstoffe, noch mehr solche Ladungen nach den Vereinigten Staaten verschicken. Notierungen für amerikanischen Roggen liegen nicht vor; es ist anzunehmen, daß der deutsche Roggen nach Amerika zu einem Preise von 100 M. und darunter für die Tonne verkauft wird. Da der amerikanische Zoll 20 Prozent vom Wert beträgt, würde sich der Preis für deutschen Roggen in Amerika auf 120 M. für die Tonne stellen, während der billigste Berliner Preis nach den starken Rückgängen der letzten Wochen etwa 150 M. beträgt.

Es ist also von neuem die Tatsache festzustellen, daß der deutsche Roggen dem Auslande um volle 50 M. billiger verkauft wird als dem deutschen Volke, und zwar auf Kosten des Volkes, das den Agrariern und Exporteuren nicht nur die hohen Inlandspreise bezahlen muß, sondern aus dessen indirekten Steuern das Reich die Ausfuhrprämien zahlt. Seit dem 1. August 1909 bis zum 30. Juni 1910 betrug die Ausfuhr von Roggen und Roggenmehl rund 7,5 Millionen Doppelzentner, die Einfuhr dagegen 2,8 Millionen Doppelzentner. Der Ausfuhrüberschuß beläuft sich mithin auf 4,7 Millionen Doppelzentner; für den Doppelzentner wird eine Ausfuhrprämie von 5 M. bezahlt, so daß die Roggenliebesgabe, die einen Barverlust des Reiches darstellt, seit dem 1. August 1909 rund 23,5 Millionen Mark beträgt. Auch für Hafer ist ein Exportüberschuß zu verzeichnen, der die Reichskasse durch Ausfuhrprämien mit 2,61 Millionen Mark belastet.

So ist das deutsche Volk von seinen Brotwucherern für die Verschleuderung deutschen Getreides nach dem Auslande in diesem Erntejahr allein noch mit einem Sondertribut von rund 26 Millionen Mark belastet worden.

Noch ein Wahlrechtsprozeß.

Der Körperverletzung, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der Gefangenenbefreiung und des Aufruhrs soll sich der Genosse Arbeiter Lingenauer am Abend des 28. Januar d. J. in Braunschweig schuldig gemacht haben. Am 28. Januar, abends gegen 6 Uhr, demonstrierten die Braunschweiger Arbeiter vor dem Ministerium eine große Wahlrechtsdemonstration, bei der die Polizei blindlings auf alles einhieb, was ihr unter die Klinge kam. Kurz nach 8 Uhr fand der übliche Zapfenstreich zu Kaiser Wilhelms II. Geburtstag statt, zu dem sich eine große Anzahl Gaffer am Hagenmarkte eingefunden hatten. Neben ihnen sah man Polizisten mit gezogenen Säbeln. Von der einen Seite wurde gepfiffen und gerufen, und plötzlich stürzten die Polizisten gegen das Publikum los. Ohne weiteres wurde mit dem Säbel dreingehauen, wobei ein Techniker erheblich verletzt wurde. Der angeklagte Lingenauer war auf dem Wege zu einer Versammlung und stand an der Ecke der Wenden- und Hallerslehen-Straße. Plötzlich stürzte der Obermachtmeister Steinmann auf ihn zu und schlug ohne weiteres mit dem Säbel auf ihn ein. Nachdem er einige Schläge erhalten hatte, wurde ihm die Geschichte doch zu bunt. Er wehrte die weiteren Schläge mit seinem linken Arme ab und stieß den Polizisten mit der rechten Hand zurück. Beide gerieten auf den Fahrweg, wo der Polizist rücklings zu Boden stürzte und Lingenauer von einem anderen Polizisten mit dem Säbel niedergeschlagen wurde. L. raffte sich wieder auf und lief davon, verfolgt von dem Kriminalbeamten Schaare, der ihm mit dem lauten Ruf „Haltet den Mörder!" nachlief und ihn verhaftete. Lingenauer wurde 4 Monate in Untersuchungshaft gehalten.

Am Montag begann die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Braunschweig. Es sind 39 Zeugen geladen worden.

Lingenauer ist völlig unbestraft und gilt als ehrenwerter und glaubwürdiger Mann. Er schildert den Vorgang am 28. Januar und erzählt, wie er auf der Polizeiwache von den Polizisten Schaare und Ehlers in gemeinster Weise mißhandelt worden sei. Schaare habe ohne weiteres mit dem Handstock auf ihn eingeschlagen, als er die Wache betrat. Als Lingenauer sich das verbeten habe, habe Schaare den Revolver gezogen und gesagt: „Hund, jetzt noch einen Ton und ich schieße dich nieder!" Dann habe Schaare weiter auf ihn mit dem Stock eingeschlagen, so daß L. von der einen Ecke in die andere getaumelt sei. Man habe ihn dann in eine Zelle gebracht und ihm eine Decke zum Zudecken für die Nacht gegeben. Kurze Zeit darauf aber sei ein anderer Mann erschienen und habe befohlen, ihm die Decke wegzunehmen. (Im Januar!) L. habe sich darauf bei dem Landgerichtsrat Dammköhler — bekannt als scharfer Richter aus früheren Prozessen gegen organisierte Arbeiter und gegen unsere Presse — wegen der Mißhandlungen beschwert. Der aber habe geantwortet, es sei schade, daß er keine blaue Bohne bekommen habe. — Dammköhler erklärt als Zeuge, davon nichts zu wissen. Auf die Frage des Verteidigers Rosenfeld hält der Zeuge es für möglich, daß L. sich bei ihm über die Mißhandlungen beschwert habe, er habe vielleicht auch gesagt, wer sich in Demonstrationen begibt, läuft Gefahr, blaue Bohnen zu bekommen. Lingenauer bleibt bei seiner Behauptung.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Bilder Terrorismusschwindel.

Eine grobe Schwindelnachricht, die sicher in den nächsten Tagen ihren Weg durch die Reichsverbandspresse nehmen wird, verbreitet die klerikale Schlesische Volkszeitung in Breslau unter der Spitzmarke: Sozialdemokratischer Terrorismus. Danach soll

der Bauarbeiter Wunsch in Canth, der in letzter Zeit bei dem Unternehmer Töpner beschäftigt war, von Mitgliedern des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes an einen Baum festgebunden und ihm der Tod angedroht worden sein, falls er nicht die Arbeit niederlege. Aus Angst vor den Genossen habe Wunsch selbst seinem Leben ein Ende gemacht.

Selbstverständlich ist die Nachricht unwahr. Der Maurer Wunsch, der mit zu den Ausgesperrten gehörte und nach dem Dresdner Schiedsspruch Arbeit angenommen hatte, wurde von vier noch arbeitslosen Maurern, die gelegentlich einer Bautenkontrolle an dem Bau, wo Wunsch arbeitete, vorüberkamen, in freundschaftlicher Weise gefragt, wie es ihm gehe. Alle vier kannten Wunsch und waren mit ihm befreundet. Sie hatten um so mehr Ursache zu der Frage, weil ihnen bekannt war, daß Wunsch nicht im besten Einvernehmen mit seiner Frau lebte. Wunsch erklärte den Kollegen, daß es ihm wegen seines Familienlebens schlecht ergehe und daß er die Absicht habe, sich das Leben zu nehmen. Scherzhaft bot ihm einer von den Kollegen eine Schnur an. Unter scherzhaften Gesprächen begleiteten die vier Maurer den Kollegen Wunsch noch ein Stück Weges und verabschiedeten sich in freundschaftlicher Weise. Um so größer war ihr Erstaunen, als sie am anderen Tage erfuhren, Wunsch habe doch seinem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt.

Also ist Wunsch weder von den Verbändlern terrorisiert worden, noch ist er an einen Baum gebunden und ihm der Tod angedroht worden. Eheliche Zerwürfnisse waren die Ursache, weshalb er sich das Leben nahm. Im übrigen wird die gerichtlich schon eingeleitete Untersuchung den Terrorismusschwindel aufdecken und den Beweis erbringen, daß die Geschichte ganz glatt erfunden ist. Die ersten Vernehmungen haben bereits stattgefunden.

Die preußische Regierung gegen den Bauschwindel.

Die Handwerkskammer zu Liegnitz hat an die Vorstände der Bauhandwerkerinnungen ihres Bezirks folgendes Schreiben gerichtet:

„Durch Ministerialerlaß vom 27. April 1910 soll versucht werden, dem Treiben solcher Bauunternehmer, die unter Verschleierung ihrer Vermögensverhältnisse die an dem Bau beteiligten Handwerker und Lieferanten schwer schädigen und dieselben um ihren Verdienst bringen, die Spitze zu brechen, dadurch, daß gegen sie die Klage auf Untersagung des Betriebes ihres Gewerbes erhoben wird. Zunächst soll eine Liste dieser unzuverlässigen Elemente im Maurer-, Zimmerer- und Steinhauergewerbe regierungsseitig aufgestellt werden.

Soweit Ihnen im dortigen Innungsbezirk solche zahlungsunfähigen Bauunternehmer bekannt sein sollten, bitten wir, uns diese unter Angabe ihres Vermögens, ihrer Kreditfähigkeit oder etwaiger früherer Zahlungsunfähigkeit bis 15. Juli dieses Jahres namhaft zu machen. Wir bemerken aber, daß die Angaben vollkommen zuverlässig und so gehalten sein müssen, daß wir Ihr Material der Königl. Regierung gegenüber auch voll und ganz vertreten können."

Reaktionäre Lehrerhetze.

Der sogenannte „Verein zur Erhaltung der evangelischen Volksschule", ein Konventikel orthodoxer Pastoren und reaktionärer Standesherrn und Kommerzienräte, der seit mehr als zwei Jahrzehnten eine meist herzlich plumpe Hetze gegen den freier gerichteten Teil der deutschen Volksschullehrerschaft, besonders gegen den Deutschen Lehrerverein betreibt, findet bei den Kirchenbehörden nicht die Unterstützung, die er sich wünscht. Der Verein hat sich dafür in seiner in Barmen abgehaltenen General-Versammlung dadurch gerächt, daß er dem Oberkirchenrat eine schon auf weniger als „Nicht genügend" lautende Zensur ausstellt. Der Verein erklärt:

„Der Verein zur Erhaltung der evangelischen Volksschule hat mit lebhaftem Bedauern Kenntnis genommen von der eigentümlichen Art und Weise, mit welcher der Evangelische Oberkirchenrat dem in betreff des Religionsunterrichts der Schule an ihn gerichteten Ersuchen der sechsten General-Synode zu entsprechen für gut befunden hat.

Die Hauptsache von dem, was die General-Synode wünschte, ist nicht bloß nicht geschehen, sondern ihr ist nach Möglichkeit entgegengewirkt worden. Um so mehr fühlt sich der Verein zur Erhaltung der evangelischen Volksschule verpflichtet, der ganzen evangelischen Christenheit die Größe der Gefahr, welche die evangelische Landeskirche bedroht, zum Bewußtsein zu bringen. Von der Erhaltung des bekenntnismäßigen Religionsunterrichts der Volksschule hängt Sein oder Nichtsein der evangelischen Landeskirche ab, oder, wie es auf der letzten General-Synode wiederholt unter allgemeiner Zustimmung zum Ausdruck gebracht wurde: Mit der christlich-evangelischen Volksschule „steht und fällt die evangelische Landeskirche"."

Wer den Betrieb des Religionsunterrichts in den Volksschulen kennt und weiß, daß selbst freier gerichtete Volksschullehrer gezwungen sind, religiösen Trieb zu betreiben, weiß auch, daß die Angst der Finsterlinge um die nur „evangelische Landeskirche" überflüssig ist. Aber die orthodoxen Dunkelmänner wünschen nach Evang. Lucae, Vers 11 ff.: „Finsternis über das ganze Land."

Der Bundesrat ist für heute, Mittwoch, zu seiner letzten Plenarsitzung vor den Ferien einberufen, in der neben einer ganzen Reihe von kleineren Vorlagen auch der Gesetzentwurf über die Schiffahrtsabgaben verabschiedet werden soll. Falls es etwa nicht gelingen sollte, das vorliegende Beratungsmaterial in einer Sitzung zu bewältigen, dürfte sich am 30. Juni eine weitere Sitzung anschließen. Der Bundesrat tritt dann erst wieder Anfang Oktober zu Plenarsitzungen zusammen.

Die Budgetkommission des badischen Landtags stellte für die fernere Behandlung der Eisenbahnarbeiterfragen Grundsätze auf, die bezwecken: Erhöhung des Grundlohnes, der Zuschußrenten, des Witwen- und Waisengeldes und der Zuschußzahlung bei militärischen Uebungen. Ferner soll die Arbeitszeit für gewisse Kategorien auf neun Stunden ischeriert werden, während des Urlaubs der volle Lohn gezahlt, Freifahrtscheine gewährt und Vorsorge getroffen werden, daß die Fabrikinspektion die Eisenbahnbetriebe unerwartet besichtigen kann. Endlich wird die Regierung ersucht, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Ruhezeit für alle Eisenbahnangestellten ohne Verminderung ihrer Bezüge festgelegt und ungefähr so normiert wird, wie dies zurzeit in der Schweiz der Fall ist.

Also keine Bombenängste. Zu der Nachricht von Drohbriefen an den Großherzog von Baden teilt die Karlsruher Zeitung mit, daß von keiner Seite den anonymen Drohbriefen irgendwelche Bedeutung beigelegt wird. Von einer Erregung der Bevölkerung sei keine Rede.

Gold in Togo?

Ueber Goldvorkommen im östlichen Togo schreibt Bezirksgeologe Dr. W. Koert in den Mitteilungen aus den Deutschen Schutzgebieten. Er beschreibt die einzelnen Goldvorkommen, goldführenden Quarzgänge und Waschgold im Monu, enthält sich aber eines Urteils über den wirtschaftlichen Wert der Funde. Eine gewisse Schwierigkeit bieten allerdings die Arbeiterverhältnisse, „weil die dortigen Eingeborenen noch nicht an regelmäßige Arbeit für den Europäer gewöhnt sind". Für das Schürfen und den Bergbau im Schutzgebiet Togo sind die Vorschriften der Bergverordnung vom 27. Februar 1906 maßgebend. Gegenwärtig ist allerdings der Landesfiskus von Togo laut einem Erlaß des Reichskolonialamts vom 19. Juli 1907 allein zum Schürfen und Bergbau auf Edelmineralien in den Bezirken Misahöhe, Atakpame und Sokode berechtigt, doch ist das Gouvernement von Togo „selbstverständlich jederzeit bereit, mit ernsten und vertrauenswürdigen Interessenten betreffs ganzer oder teilweiser Abtretung seiner Sonderrechte zu verhandeln".

Das bedeutet einen neuen Anreiz für Kulturapostel, die dortigen Eingeborenen „an regelmäßige Arbeit für den Europäer zu gewöhnen".

Kleine politische Nachrichten. Im Laufe der Beratung über die Antwort auf die Thronrede versicherte Canalejas im spanischen Senat, bei der Demission des Kabinetts Moret sei die Krone vollkommen korrekt verfahren. Canalejas erklärte weiter, er sei entschlossen, die religiöse Frage auf gradem Wege und energisch zu lösen und sein Programm durchzuführen, koste es was es wolle. Er habe keine Verpflichtungen übernommen außer gegen den König, das Vaterland und die Mehrheit des Parlaments. — Die spanischen Republikaner und Sozialisten veranstalten nächsten Sonntag in Madrid und allen größeren Städten eine große Kundgebung zugunsten der Kultusfreiheit. Schriftsteller Perez Galdos, ein antiklerikaler Verkämpfer, wird dazu ein Manifest herausgeben. — Nach der in Paris erscheinenden russischen Zeitung Parisski Listok hat Burzew die Absicht, die Verhaftung des Ministerpräsidenten Stolypin und des Chefs der Sicherheitspolizei, Gerassimow, zu verlangen, die er an der Hand von Beweisstücken beschuldigt, Azew, den Mörder des Großfürsten Sergius, zu verstecken. Burzew hat gesagt: „Ich bin davon überzeugt, daß in einem, höchstens in zwei Jahren Stolypin, Gerassimow und Azew sich auf der Anklagebank zusammenfinden werden." Die Dokumente, die er besitzt, könnten jetzt nicht veröffentlicht werden, würden aber bald im Parisski Listok erscheinen. — Mardani, der Mörder des Ministerpräsidenten Butros Pascha, ist nach einer Meldung aus Kairo Dienstag früh durch den Strang hingerichtet worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Südslawische Obstruktion.

Wien, 28. Juni. In seiner Antwort auf die vom südslawischen Hochschulklub des Abgeordnetenhauses der Regierung übermittelten Wünsche wies der Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth auf den bereits dem Parlament unterbreiteten Vermittlungsvorschlag hin, durch den bei der Beratung über den dauernden Standort der italienischen Rechtsfakultät eine ausreichende Bürgschaft für die Wahrnehmung der Interessen der südslawischen Parteien gegeben werde. Die Regierung müsse daher beanspruchen, daß die gegenwärtige Vorlage, die ohnehin für die italienischen Staatsangehörigen nur einen Ersatz des Besitzstandes darstelle, für sich und ohne Verknüpfung mit anderen Hochschulwünschen verhandelt werde.

Wien, 28. Juni. Wegen Ablehnung ihrer Hochschulforderungen durch den Ministerpräsidenten Bienerth hat die südslawische Union heute im Abgeordnetenhause mit der Obstruktion begonnen. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Regierung die Obstruktion mit der Schließung des Reichsrates beantworten wird.

Frankreich.

Das Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 28. Juni. Die Deputiertenkammer beendete heute die Beratung der Interpellation über die allgemeine Politik. Präsident Brisson teilte darauf mit, daß mehrere Tagesordnung eingegangen seien. Ministerpräsident Briand erklärte, die Regierung nehme nur die von André Hesse eingebrachte Tagesordnung an, in der es heißt: Die Deputiertenkammer, treu der traditionellen Politik der republikanischen Partei, billigt die Erklärungen der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie das Werk der drei letzten Legislaturperioden fortsetzen wird.

Berteaux sprach hierauf sein Bedauern darüber aus, daß der Ministerpräsident nicht die von ihm im Namen der beiden bedeutendsten Gruppen des Hauses vorgelegte Tagesordnung angenommen habe, die, ohne die Erklärungen der Regierung zu billigen, doch der Regierung das Vertrauen ausspreche. Redner sagte weiter, er und seine Freunde könnten nicht alle Erklärungen des Ministerpräsidenten billigen. Briand streute am Vorabend der Wahlen für die Generalräte den Progressisten, die das Werk der Majorität bekämpften, die Hand entgegen.

Nachdem Ministerpräsident Briand nochmals um das Vertrauen der Kammer gebeten hatte, wurde schließlich der erste Teil der Tagesordnung Hesse bis zu den Worten, „daß die Kammer zur Regierung Vertrauen hat", mit 404 gegen 121 Stimmen angenommen. Mit 375 gegen 92 Stimmen wurde der zweite Teil der Tagesordnung angenommen, und endlich unter Ablehnung jedes weiteren Zusatzes die ganze Tagesordnung mit 483 gegen 110 Stimmen. Nachdem der Finanzminister dann noch das Budget eingebracht hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

England.

Nach einer „Reform".

London, 28. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte Premierminister Asquith den angekündigten Gesetzentwurf ein, durch den die Erklärung des Königs bei der Thronbesteigung geändert wird. Nach der Vorschrift dieses Gesetzes bekennt sich der König als treues Mitglied der protestantischen reformierten Kirche und verspricht, nach besten Kräften und dem Gesetze entsprechend für eine protestantische Thronfolge Sorge zu tragen. Der Premier-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100629/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG